

Deutschlandradio

Interview zum Tage

Montag bis Samstag • 6:50 • 7:50

28.12.2004

Kritik am Antidiskriminierungsgesetz

Interview mit Karoline Beck, BJU-Vorsitzende

Die Vorsitzende des Bundesverbands Junger Unternehmer (BJU), Karoline Beck, hat das Antidiskriminierungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung scharf kritisiert.

Die Bundesregierung gehe mit ihrem Gesetz weit über die europäischen Richtlinien hinaus, sagte Beck am Dienstag im DeutschlandRadio Berlin. Das Wichtige aber sei, "dass ein Gesetz Sinn macht und dass es auch umsetzbar ist."

In der Umsetzbarkeit sieht Beck die größte Schwachstelle des neuen Gesetzes. Das Problem sei die "Beweislastumkehr". Damit wende sich die Bundesregierung von einer rechtsstaatlichen Tradition ab. Wann immer sich ein Bewerber diskriminiert fühle, habe er künftig das Recht zu klagen. Der mögliche Arbeitgeber müsse dann "eine große Aktenlage hervorzaubern", um sich zu verteidigen.

Die BJU-Vorsitzende bezeichnete das Gesetz in dieser Form als "absoluten Schwachsinn". Es gehe völlig an der Realität vorbei. Als Beispiel nannte Beck eine Stellenausschreibung, auf die sich 200 Bewerber melden. Nur einer von ihnen könne die Stelle bekommen. Der Arbeitgeber müsse die Möglichkeit haben, sich den bestqualifizierten Bewerber auszusuchen. Künftig bestehe aber die Gefahr, dass sich 199 abgelehnte Bewerber diskriminiert fühlen und klagen.

Beck bezweifelte außerdem, dass durch das neue Gesetz mehr Gerechtigkeit einziehe. Höchst problematisch sei die Einteilung gewisser Bevölkerungsgruppen in so genannte Benachteiligte. Beck sagte wörtlich: "Ich als Frau muss mir langsam Gedanken machen, wenn ich als Ende Dreißigjährige offensichtlich zu einer benachteiligten Minderheit dieser Bevölkerung gehöre." Eine solche Einteilung sei ein gefährliches, ideologisches Element. Es bringe in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation nichts, Bevölkerungsgruppen "aufeinander zu hetzen".

Beck betonte, sie sei nicht dagegen, diskriminierte Personengruppen zu schützen. Das Gesetz der Bundesregierung sei aber der falsche Weg. So lange es die "Beweislastumkehr" enthalte, würden künftige Bewerbungsverfahren höchstens noch bürokratischer, so Beck.

